

Streit wegen außerplanmäßiger Ausgabe

Finanzen – Ober-Ramstädter Stadtverordnete diskutieren über 45 000 Euro für die Ersteuerung eines Grundstücks

Der Erwerb eines Anwesens im Ortskern beschäftigte Ober-Ramstadts Parlament. Die Stadtverordneten sollten im Nachhinein dafür die außerplanmäßige Ausgabe von 45 000 Euro genehmigen, woran die CDU Anstoß nahm.

OBER-RAMSTADT. Eigentlich ist die Sache klar: Ober-Ramstadts Magistrat kann über- und außerplanmäßige Ausgaben bis 25 000 Euro entscheiden. Was darüber hinausgeht, muss das Parlament genehmigen. Das ist in der Haushaltssatzung festgelegt. Dort ist auch eine „strategische Grundstücksbevorratung“ vermerkt, also der Ankauf von für die Stadt interessanten Grundstücken. Wenn Ober-Ramstadt kürzlich bei einer Zwangsversteigerung mit einem vom Magistrat genehmigten Gebot von 35 000 Euro ein Anwesen in der Stadtmitte zugeschlagen wurde und der Magistrat erst im Nachhinein vom Parlament die Zustimmung für diese außerplanmäßige Ausgabe einholt (mit Gebühren sind es rund 45 000 Euro), ist das folglich nicht korrekt.

„Das war ein Fehler“, gab auch Bürgermeister Werner Schuchmann (SPD) in der Stadtverordnetensitzung zu, erläuterte aber auch sein Vorgehen: „Wäre durch einen Beschluss im Parlament unsere Beteiligung an der Versteigerung vorher bekannt geworden, hätten sich gewiss mehr Bieter beteiligt und das Gebot in die Höhe getrieben.“ Dass das Anwesen überhaupt so günstig erworben werden konnte, erklärte er mit dem eingetragenen Niesbrauchrecht für die Bewohnerin.

CDU scheitert mit Missbilligungsantrag

Die CDU wollte dieses Vorgehen nicht einfach hinnehmen und legte einen Ergänzungsantrag vor. Dessen Inhalt: Das Parlament solle erstens das Verhalten des Magistrats missbilligen, dieser zweitens die Stadtverordneten künftig über den Haupt- und Finanzausschuss gegebenenfalls in nicht öffentlicher Sitzung an einer solchen Entscheidung beteiligen und drittens für die erworbene Liegenschaft Nutzungsvorschläge vorlegen. Obwohl Stefan Pollmeier (CDU) bereit war, den ersten Punkt des CDU-Antrags zurückzunehmen, wenn den beiden folgenden zugestimmt wird, und die CDU dann auch der Magistratsvorlage zugestimmt hätte, überzeugte das SPD und Grüne nicht.

„Es hat einen Fehler gegeben und ist blöd gelaufen. Daran sind wir aber auch selbst schuld, wenn wir mit dem Haushalt eine strategische Bewirtschaftung beschließen und dann keine Mittel einstellen“, sagte Rainer Schönenberg (Grüne). Wenn also künftig die Regeln eingehalten würden, habe er keine Bedenken, diesmal nachträglich zuzustimmen. „Für uns ist die Sache mit der Erklärung des Bürgermeisters erledigt“, sagte Aron Krist (SPD).

Auch Horst Schultze (FDP) sah das so: „Der Bürgermeister hat’s erklärt, es sollte nicht wieder passieren.“

Dennoch stimmte er wie die Fraktion „Auf geht’s“ für die zwei verbliebenen Punkte des CDU-Antrags, den die Mehrheitskoalition aus SPD und Grünen aber ablehnte.

Die nachträgliche außerplanmäßige Ausgabe von 45 000 Euro genehmigten SPD, Grüne, Auf geht’s und FDP. Die CDU stimmte mit Nein.

ANZEIGE



Online Geld verdienen
Mehr erfahren



PKW Bewerten & Verkaufen
Mehr erfahren



IchCode der neue Roman
Mehr erfahren



Einschulungsbilder von...
Mehr erfahren



Einschulungsbilder von...
Mehr erfahren

Das könnte Sie auch interessieren



Rechenspiele: So steigt der SV Darmstadt 98 auf

Welcher Verein steigt am 24. Mai in die Erste Bundesliga auf? Nach dem Sieg der Lilien beim Karlsruher SC am... | Mehr |



Euro-Tod in Kürze

Jetzt kommt jetzt die Wahrheit ans Licht: Ihr Geld ist in großer Gefahr! | Mehr |

ANZEIGE

[zur Übersicht](#)

11. Mai 2015

Von ipp

[Senden](#)

[Drucken](#)

[Merken](#)

[Verlinken](#)

[Fehler melden](#)

[Facebook](#)

[Google+](#)

[Twitter](#)